

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1238.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Kröhle, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meißel und Dresden-Altsadt

**Abonnementpreise** einschließlich Bringerlohn in der Woche vom 1. 6. 7. September 800 000.— M., unter Streifen für Deutschland die Nummer 200 000.— M., Einzelnummer 150 000.— M.

**Schriftleitung:** Wettinerplatz 10. Tel. 25281.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25281.  
**Geschäftszeit** von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

**Anzeigenpreise:** die 4 Spalten, Nonpareilgröße 200 000.— M., auswärts 240 000.— M., die 2 Spalten, Nonpareilgröße 800 000.— M., auswärts 1 040 000.— M., Ausland 800 000 u. 2 400 000 M. Bei mehrmal. Ausgabe Ermäßig. Familienanzeigen. Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rab. für Brieflieferleg. 40 000 M.

Nr. 204

Dresden, Sonnabend den 1. September 1923

34. Jahrg.

## Mussolinis Kriegsspiel

Als der italienische Gesandte in Athen die ultimative Note seiner Regierung überreichte, forderte er mündliche Antwort innerhalb 24 Stunden. Griechenland hat diese Frist pünktlich eingehalten und seine Antwort erwidert. Eine Entspannung zwischen Griechenland und Italien ist dadurch allerdings nicht eingetreten! Im Gegenteil, der Konflikt hat sich verschärft. Denn Griechenland nimmt die italienischen Forderungen nicht ohne weiteres an, wie Italien das verlangte. Immerhin zeigt es ein Entgegenkommen, das man von dem Kabinett der griechischen Militärs kaum erwarten durfte. Die griechische Regierung will das förmliche Bedauern über die Mordtat durch den „Autonomen“ von Athen ausdrücken lassen, alle Regierungsmitglieder sollen einem Trauergottesdienst beiwohnen, der italienischen Forderung soll zur Sühne vor der Gesandtschaft eine militärische Ehrenbegehung zuteil werden und ebenso ist man bereit, den Opfern bei ihrer Ueberführung, an Bord eines italienischen Schiffes militärische Ehren in aller Feierlichkeit zu erteilen. Außerdem will Griechenland den Familien der Opfe: eine Entschädigung gewähren und die Untersuchung des Mordes durch Zuziehung eines italienischen Obersten fördern helfen.

Aus diesem Anerkennen spricht zweifellos der lebhafteste Wunsch der griechischen Regierung, dem italienischen Volke Genugtuung widerfahren zu lassen. Aber gleichzeitig beharrt sie auf Griechenland gegen die Behauptung der italienischen Note und weist sie als ungerecht zurück, daß sich die griechische Regierung durch die Mordtat gleichfalls unterworfen — was erst noch festzustellen ist — einer schweren Beleidigung Italiens schuldig gemacht habe. Außerdem lehnt das griechische Kabinett die Forderungen Italiens ab, die seiner Meinung nach gegen die Ehre und die Souveränität des Staates verstoßen: die Forderung, nach Abschluß der Untersuchung binnen fünf Tagen, nach Zahlung einer Entschädigung von 50 Millionen Lire binnen fünf Tagen, und die Forderung auf Todesstrafe für alle Schuldigen.

Die Frage ist also: was wird Italien nun tun? Wird es seine Drohungen wahr machen, die es bereits vorbereitet haben soll für den Fall, daß die Forderungen seiner Note nicht unbesehen angenommen werden? Wird Italien griechische Inseln besetzen und damit eine kriegerische Handlung beginnen? In Rom, wo die Fischen die Oberhand haben, heißt es bereits, daß man die griechische Antwort „selbstverständlich“ als „unangenehm“ behandeln werde. Bei der Persönlichkeit Mussolinis und dem Geiste, der heute die Schichten in Italien beherrscht, ist jeder Schlimmes zu befürchten.

### Mussolini weist die Antwort zurück

Rom, 31. August. Die offizielle Agenzia Stefani erklärt: Mussolini gab im Ministerrat den Wortlaut der Antwort der griechischen Regierung bekannt. Die Antwort sei unannehmbar, und es seien infolgedessen entsprechende Beschlüsse gefaßt worden. Der Marineminister und der Kriegsminister gaben ebenfalls Erklärungen dazu ab. Die Kriegsvorbereitungen Italiens dauern an. Es verlaute, daß ein Teil der Reserveoffiziere aus Marine und Landheer ihre Einberufung erhalten haben. Die Absicht, den Bittverbund anzurufen, scheint nicht zu bestehen.

### Griechische Inseln bereits besetzt

Die italienischen Flottenstreitkräfte besetzen bereits die Insel Korfu. Der italienische Vizekonsul in Athen hat jedoch die griechische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß die Besetzung Korfus „nur zeitweilig“ sei und „friedliche“ Charakter habe. Außerdem wird aus Athen gemeldet, daß die griechische Regierung vom italienischen Kabinett Genugtuung fordere für die Zwischenfälle in Triest, wo eine griechische Fregate verbrannt wurde, wie auch für einige antigriechische Zwischenfälle in andern Städten.

Falls sich diese Meldungen bewahrheiten, so ist kein Zweifel mehr möglich, daß die Faschistenregierung Mussolinis gegen Griechenland feindselige Handlungen unternimmt, die den gewaltsamen Konflikt, den Krieg bedeuten können. Theoretisch wäre noch der Weg denkbar, daß Mussolini über eine Abänderung der griechischen Antwort oder Milderung seiner eigenen Forderungen weiter verhandelt, aber da er zugleich ausgesprochenen Kriegsvorbereitungen macht und bereits griechische Inseln besetzt, ist das wenig wahrscheinlich. Alles deutet darauf hin, daß der italienische Faschismus, um seine Herrschaft im Innern zu befestigen, einen kleinen äußeren Krieg unternimmt. Das ist das bewährte Rezept aller politischen Diktatoren seit jeher. Da peitsch man das Volk „patriotisch“ auf und lenkt es von den inneren Kämpfen ab. Da man auf Sieg hofft, kann man dem Volke jetzt schon imperialistische Beute versprechen und es mit „Machtwort“ laden. Die italienischen Machthaber glauben Griechenland schwach, von inneren Wirren zerrissen, ohne Bundesgenossen, leicht besiegbar. Italien lauert schon längst auf machtvollere Entfaltung in Albanien, das es für seinen Imperialismus reklamiert. Zugleich will es die unbeschränkte Vormacht im östlichen Mittelmeer sicherstellen, die ihm Griechenland ein wenig hindert. Auf alle Fälle will das faschistische Regiment den italienischen Imperialismus nicht nur in Nord-

afrika ausbreiten, sondern vor allem in Osteuropa. Und da erachtet Mussolini den Zeitpunkt für gekommen, um Griechenland den Herrenstandpunkt zu zeigen. Ganz planmäßig ist die gesamte italienische Aktion auf eine Demütigung Griechenlands angelegt. Reist es Widerstand, so wird zum Schlagen ausgehollt.

Aber Mussolini möge sich nicht täuschen. Aus einem „Meinen Kriege“ kann ein großer Brand entstehen, der den Orient in Flammen setzt und auch die Großmächte zum Handeln zwingt. Das könnte zugleich eine Austreibung aller Differenzen zur Folge haben, die der mühsam zustande gekommenen „Orientfriede“ überklebte hat. Zugleich wäre der „Bittverbund“ moralisch gestärkt, einzugreifen, wenn anders er nicht elend schon beim ersten Stoß ausgeschaltet und verhöhnt sein wollte. Man sieht, Mussolini treibt ein gewagtes Spiel. Das blutgedüngte Europa dürfte wohl auch noch zur Aufbringung eines Kulturgesetzes fähig sein. Dann wehe!

### Säbflawien und Rumänien auf dem Sprunge

Wien, 1. September. Die im Auslande weilenden südslawischen Offiziere haben ihre Einberufungsbescheide erhalten. Auch die rumänischen Militärs haben die Stellungsbefehle erhalten.

### Die Luftatmosphäre in Bayern

München, 1. September. (Eig. Draht.) Die politische Hochspannung in Bayern kommt durch einen Warnruf zum Ausdruck, den die Münchener Post an der Spitze veröffentlicht. In diesem Aufreiß heißt es: Wilde Gerüchte durchschwimmen das Land. Von Mund zu Mund geht ein Gerücht von nicht bevorstehenden Ereignissen. Unheilvolle Erregung und Randalstimmung immer mehr Kreise der Bevölkerung erfasst. Das ist eine Folge der planmäßigen politischen Brunnenergüßung, die seit langem, besonders in der letzten Zeit, ungehindert betrieben wird. In der täglichen steigenden Not findet diese Stimmung ihren Nährboden. Aus allen Bezirken kommen Gerüchte, daß namentlich von nationalsozialistischer Seite verwerfliche, hochverräterische Maßnahmen angekündigt werden. In den Betrieben werden Flug-

zetteln von Hand zu Hand gegeben, die in offenbar provokatorischer Absicht zur Arbeitsniederlegung auffordern. In Versammlungen wird ohne Rücksicht auf die außenpolitische Lage ganz offen gesprochen.

„Der Bürgerkrieg sei unvermeidlich.“

Der Warnruf schließt mit der Aufforderung, wachsam zu sein und ruhig zu beharren, denn die verantwortlichen Stellen der Arbeiterschaft hätten gegen die Forderungen, die durch Mißbrauch der Not zur Macht kommen wollen, Maßnahmen vorbereitet, die zur Abwehr von Wahnsinn und politischen Verbrechen und Ulenenturium geeignet sind.

### Generalappell der Putschgardien

Kürnberg, 1. September. (Eigener Draht.) Unter der Führung Hitlers rufen die Hakenkreuzler ganz Bayern seit Wochen zu einem sogenannten „Deutschen Tag“ auf, der für den 1. und 2. September in Kürnberg angelegt ist. Er soll die größte vaterländische Kundgebung werden, die jemals in Deutschland stattgefunden hat. Schon verläutet der „Väterliche Beobachter“ in großer Aufmachung, daß in Kürnberg sämtliche Sturmabteilungen der Nationalsozialisten anmarschieren werden. Aber auch der Bund „Latern und Reich“ und andre vaterländische Verbände, die seit langem zu Hitler in gewissem Gegenjag stehen, werden mit von der Partie sein. Man kann in der Tat nicht umhin in diesem „Deutschen Tag“ einen Zusammenschluß aller in Bayern gegen das Reich und die Reichsregierung konspirierenden Kreise zu sehen, nachdem auch Dr. Heim jedoch durch einen äußerst feindseligen und fanatischen Kampfruf gegen die Reichsregierung eine neue Art Einheitsfront mit der Hitlergarde hergestellt hat.

Gegenüber diesen Kürnberg Putschvorbereitungen erklärte Oberbürgermeister Dr. Ruppe in der Kürnberg Stadtsprecherversammlung, daß die städtischen und staatlichen Polizeibehörden alle Maßnahmen getroffen hätten, um jeden Versuch von Ausschreitungen zu vereiteln. Im übrigen hat auch die Kürnberg-Führer Arbeiterschaft und die sozialdemokratische Parteileitung Bayerns von sich aus die ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen getroffen, um in besonderen Fällen die militärisch-nationalsozialistischen Grundzüge in ihre Schranken zu weisen. Die Mitglieder des „Sozialdemokratischen Ordnungsbienstes“ in allen Städten und Orten Bayerns sind am 1. und 2. September in Alarmbereitschaft. Außerdem wurden 10 Abteilungen von Kürnberg, Erlangen, Würzburg, Schweinfurt, Hof, Bamberg, Regensburg und Bayreuth zu einer Propagandafahrt nach verschiedenen fränkischen Orten abgedrängt.

## Höchste Gefahr

Rückgang der Ausfuhr — Raumers Wirtschaftsprogramm — Für wertbeständige Zahlungsmittel

Der Reichswirtschaftsminister Raumer hat in einem Ausschuss des Reichswirtschaftsrates eine Rede gehalten, in der er die ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten darlegte, mit denen wir jetzt zu kämpfen haben. Eine furchtbare Gefahr für unser ganzes Volk ist es, daß unsere Ausfuhr über Weltmarkthöhe gekommen sind. Rückgang der Ausfuhr bedeutet Mangel an Devisen, bedeutet auf die Dauer die Unmöglichkeit, aus dem Ausland Nahrungsmittel einzuführen, bedeutet Hunger und Elend für das deutsche Volk. Herr von Raumer führte die gefährlichen Erscheinungen vor allem darauf zurück, daß sich jeder nach Möglichkeit vor der Devaluierung zu schützen sucht. Preise und Löhne schrauben sich gegenseitig empor, weil jeder versucht, die Geldwertverluste, die ihm drohen, so schnell wie möglich auszugleichen oder ihnen möglichst durch Preis-erhöhungen noch zuvorzukommen. Dabei sind freilich auch heute noch bei diesem Weilauf in den meisten Fällen die Löhne zurückgeblieben, während die Warenbesitzer nur allzu häufig mit ihren Preisen der Entwicklung vorausziehen. Welche geradezu wucherischen Machenschaften da angewendet werden, haben wir schon mehrfach geschildert. Man erhöht die Preise beim steigenden Dollar und weigert sich, sie wieder herabzusetzen, wenn einmal die ausländischen Zahlungsmittel nach unten gehen. Steigt dann der Dollar wieder, so fängt man meistens mit Preis-erhöhungen da an, wo man vor dem Sinken des Dollars aufgehört hat. Der Arbeiterlohn bleibt, wenn er nicht ganz verelenden will, heute nichts anderes übrig, als auf Löhnerhöhungen zu bestehen, so wenig die Gefahren verkannt werden dürfen, die daraus für unsere Wirtschaft erwachsen.

Herr von Raumer sieht das Heilmittel aus diesem Wirrwarr in der Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels. Schnell muß verhandelt werden, ein derartiges Zahlungsmittel zu schaffen. In Rußland hat man mit der Schaffung eines solchen Zahlungsmittels, des Tickerponey, gute Erfahrungen gemacht. Aber man soll nicht glauben, daß man hier ein Wundermittel besitzt, mit dem man allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein Ende machen könnte. Dieses wertbeständige Zahlungsmittel, wenn es wirklich wertbeständig bleiben soll, kann natürlich nur in sehr befristeter Umfang ausgegeben werden. Bleibt aber unsere Handelsbilanz so schlecht, wie sie nach dem von Herrn Raumer mitgeteilten Zahlen sein muß, so ist die Gefahr vorhanden, daß die wertbeständigen Zahlungsmittel nach dem Auslande abfließen, indem sie zur Bezahlung von Einfuhrwaren verwendet werden. Deswegen kommt es darauf an, daß die Ausfuhr gesteigert, die Einfuhr vermindert wird. Wir können Waren aber nur ausführen, wenn wir nicht zu teuer sind. Herr v. Raumer behauptet, daß dort, wo Affordabilität herrscht, wieder ebenso viel geliefert würde wie in

der Vorkriegszeit, daß aber dort, wo die Beitarbeit vorherrscht, die Leistungen heute noch weit hinter denen der Vorkriegszeit zurückliegen. Wir wissen nicht, woher Herr v. Raumer diese Wissenhaft hat. Daß die Arbeitsleistungen vielfach wieder stark gestiegen sind, ist wiederholt auch von Unternehmern anerkannt worden. Selbstverständlich muß alles getan werden, um innerhalb der achtstündigen Arbeitszeit, an der nicht gerüttelt werden darf, in möglichst hohe Arbeitsleistungen zu erzielen. Wo die Arbeitsleistungen noch niedrig sind, können wir auf dem Weltmarkt nur konkurrenzfähig sein, wenn die Arbeiter sich mit Hungerlöhnen abfinden lassen. Und das darf nicht sein.

Die Steigerung der Ausfuhr ist aber nicht das einzige Mittel zur Besserung unserer Handelsbilanz. Noch vor einigen Tagen haben wir aus dem Munde von Mitgliedern des Kabinetts gehört, daß die Einfuhr beschränkt werden müsse. Herr v. Raumer hat darüber nichts gesagt. Hat sich inzwischen der Widerstand der Interessenten wieder so stark geltend gemacht, daß jetzt die Regierung an derartige Maßnahmen nicht mehr denkt?

Die Erhebung der Kohlensteuer, die v. Raumer ankündigt, wird in der gegenwärtigen Zeit nicht zu vermeiden sein, so schmerzhaft die Einnahmeausfälle für das Reich auch sind. Aber entschieden muß Einspruch erhoben werden gegen die vollkommene Vereitelung der Ausfuhrkontrolle, wenn augenblicklich die Erhebung von Ausfuhrabgaben auch nicht angedacht sein mag. Wir leiden heute darunter, weil das Reich der Wirtschaft viel zu viel Freiheit gegeben hat. Das Bild, das unsere Wirtschaft uns gemährt, kann sich nur zu leicht von heute auf morgen ändern und deswegen muß sich die Regierung die Möglichkeit erhalten, auf die Gestaltung unserer Ausfuhr einzuwirken.

### Die Rede des Reichswirtschaftsministers

Der Reichswirtschaftsminister hielt am Freitag vor dem Reichswirtschaftsrat eine Rede, die mit dem Außenhandelskontrollausdruck eine gemeinsame Sitzung abhielt, folgende Rede:

Wie ernst die Stunde ist, in welcher das Kabinett gebildet wurde, ichen Sie daran, daß sich in diesem Kabinett die breite Mehrheit zusammengefunden hat. Treibend war die allen inneren Erkenntnis, daß es jetzt um das Beste geht und daß, wenn jetzt nicht alles zusammensteht und sofort zusammenarbeitet, die Verhältnisse in Deutschland nicht aufrechtzuerhalten sind. Dieses ist

das letzte Kabinett normaler Art.